

Eine Last für die Regierung

Zu: „Nur wenig rosige Aussichten“, FR-Tagesthema vom 16. Januar

Christoph Kühne schreibt: Die Industrie leidet besonders – teure Energieimporte, verpasste Reformen, Konkurrenz aus China – die Gründe der Krise! Nachdem Olaf Scholz und seine Ampel seit zwei Jahren für alles herhalten muss. Unsere Politiker konnten auf diese von außen hereingebrachten Schwierigkeiten, Angriffe, Kriegsandrohungen nur so reagieren, wie sie agierten, um uns vor größerem Schaden zu bewahren – Putin drohte mit Atomkrieg. Eine Fakten verdrehende Opposition hat das offensichtlich benutzt, um die Regierung zu belasten. Und die Medien haben dabei geholfen, so dass heute die AfD eine Zustimmung von über 20 Prozent gewinnen kann. Olaf Scholz und seiner Mannschaft warf man Unfähigkeit vor.

Nach diesem Artikel ist klar, dass unsere Regierung nur in der Lage war, das Schlimmste zu verhüten: Energieausfall, Corona-Pandemie, Unterstützung der Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen den bössartigen Überfall mit Atomkriegsandrohung, Krieg im Nahen Osten mit unserer finanziellen Unterstützung und und und. Dass wir dabei entsprechend dieser von außen hereingebrachten unlöslichen Tatsachen so gut stehen, wie wir stehen, ist ein Verdienst des nunmehr scheidenden Kanzlers und seiner gebrochenen Koalition. Es geht uns den Umständen entsprechend gut.

Seit Februar 2022 stehen wir unter einer – von uns nicht verhinderbaren – Bedrohung, die unsere finanzielle Belastung an Grenzen führt. In aller Deutlichkeit beschreibt Kühne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die seit 2022 bestehen. Eine neue Regierung wird sich schwer tun, mit diesen nicht verhinderbaren Bedrohungen zurecht zu kommen. So bleibt die Hoffnung, dass es unsere Zukunft lebenswert bleibt.

Wulf Schmiedeknecht, Bochum

Aufklärung erforderlich

Alkoholverzicht: „Vorsätze reichen nicht“, FR-Titel vom 17. Januar

Vielen Dank, dass Sie sich auf der Titelseite zum Alkoholkonsum äußern. Mir fehlt der Blick auf die irreversiblen Schäden, die durch Alkohol in der Schwangerschaft entstehen. Die Probleme, die Jugendlichen in Schule, Ausbildung und Beruf erleben, sind gravierend. In vielen Institutionen, Schulen, Ärzten, Bundesagentur fehlt das Wissen über die „unsichtbare“ Erkrankung. Die Störung der exekutiven Funktionen (Zusatzspätkommen, schwankende Leistungen) wird als Faulheit erklärt („wenn sie wollen, können sie ja“). Konfabulierungen wird als Lügen beschrieben. Neben der Aufklärung über das Nervengift Alkohol ist eine Fortbildung für o.g. Berufsgruppen erforderlich.

Reinhard Wetzels, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift online unter www.frblog.de publiziert werden kann. Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20250127 Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen. **Donnerstag, 30.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

Stephan Hebel moderiert die „Rödelheimer Runde“ mit örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl. **Freitag, 31. Januar, 19 Uhr Rödelheimer Vereinsringhaus Friedel-Schomann-Weg 7 Frankfurt**

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen Offenbach-Krimi „Die kalte Erika“ vor. Lesung, anschließend Gespräch und Zeit zum Signieren. Eintritt frei. **Donnerstag, 6. Februar, 19 Uhr Bibliothekszentrum Hedderichstr. 32, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Lena Sara Carlebach, der Enkelin des Widerstandskämpfers Emil Carlebach, über den 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald und über die Erinnerungsarbeit heute. **Donnerstag, 6. Februar, 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

Abscheulicher Angriff auf Wehrlose

Nach der tödlichen Messerattacke in Aschaffenburg: „Als wäre es mein Kind“, FR-Tagesthema vom 24.1.

Der Rechtsstaat wird verstümmelt

Nach dem abscheulichen Messerangriff in Aschaffenburg mehren sich wieder die abenteuereichsten Wortmeldungen, allen voran CDU-Chef Merz mit der Idee, das Grundrecht auf Asyl völlig inhaltsleer zu machen. Merz scheint den Inhalt des Grundgesetzes und der Charta der EU nicht zu kennen oder der Öffentlichkeit populistische Sprüche vorgaukeln zu wollen. Dabei will er sogar seine „Brandmauer“, die ohnehin auf Fußsohlenhöhe geschrumpft ist, außer Acht lassen und seine trumpfchen Ideen mit der AfD durchsetzen, der sämtliche Menschenrechte fremd sind. Wie fast zu erwarten, schlug natürlich Bayerns MP Söder in ein ähnliches Horn, indem er das Versagen seiner zuständigen bayrischen Behörden dem Bund zuschieben will, um sich selbst als Vorbild aller Rechtsstaatlichkeit zu präsentieren. Angesichts dieser Sprüche von Merz, Söder und den anderen Rechtspopulisten müssen wir hoffen, bei der Machtübernahme solcher Leute nicht selbst in einem anderen Land Asyl beantragen zu müssen.

Diese Politiker sollten sich sorgfältig den Kommentar von Ursula Rüssmann in



Gedenken in Aschaffenburg nach dem Attentat. DPA

der FR vom 24. Januar 2025 zu Gemüte führen, die Prävention zu verbessern, die Betreuung psychisch Kranker zu stärken, dafür mehr Mittel bereitzustellen statt das Asylrecht sowie den Rechtsstaat bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln!

Peter Boettel, Göppingen

Populisten treiben die Spaltung voran

Schon nach der tödlichen Messerattacke in Solingen war ich über die Reaktion der politischen Entscheidungsträger verärgert, weil die Fehler auf der unteren Verwaltungsebene passiert sind wie auch jetzt wieder

in Aschaffenburg. Daraus abzuleiten, dass Deutschland nur die illegale Einreise verhindern und mehr Asylbewerber abschieben muss, löst überhaupt keine Probleme mit den vielen traumatisierten Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern. Leider bieten mehr und mehr Populisten verschiedener Parteien immer wieder einfache Lösungen an, die die Realitäten nicht kennen oder akzeptieren wollen und nur die Stimmung in Wahlzeiten radikalalisieren und zur Spaltung der Gesellschaft beitragen.

Hilmar Froelich, Oldenburg

Diskussion: frblog.de/schoental

Schöne neue Gesundheitswelt

Elektronische Patientenakte: „Gefährdete Schweigepflicht“, FR-Wirtschaft vom 18. Januar

Der mediale Diskurs zur Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) wird bisher von Werbebotschaften und Heilsversprechen der Politik, Krankenkassen und Digitalisierungsindustrie beherrscht. Nur wenige Patient*innen sind ausreichend informiert über die Risiken dieser Art der Datengewinnung und Speicherung. Deshalb ist es hilfreich, dass die FR kritische Stimmen aus Medizin und Datenschutz zu Wort kommen lässt. Eigentlich hätten die Versicherten ein

Anrecht darauf gehabt, sowohl vom Gesundheitsministerium als auch von den Krankenkassen über die „Risiken und Nebenwirkungen“ der ePA aufgeklärt zu werden. Aber wer glaubt, dass es bei der Einführung der ePA vorwiegend um Verbesserung der medizinischen Versorgung geht, ist möglicherweise nicht ausreichend informiert.

Wohin die Reise wirklich geht, hat Karl Lauterbach immerhin offen kommuniziert. „Wir sind im Gespräch mit Meta, OpenAI, Google,

alle sind daran interessiert, ihre Sprachmodelle für diesen Datensatz zu nutzen beziehungsweise an diesem Datensatz zu arbeiten“, hat er vor kurzem berichtet und damit deutlich gemacht, dass er die weitere Ökonomisierung unseres Gesundheitswesens vorantreiben will. Versprochen wird hier die schöne neue Gesundheitswelt. Was aber kommen könnte, wären weitere Kontroll- und Kostenparadelle und eine seelenlose Gesundheitsindustrie.

Hermann Roth, Frankfurt

In einem zunehmend gespaltenen Land

Renten und Steuerpläne im Wahlkampf: „Die heiße Phase beginnt“, FR-Titel vom 13. Januar

Als Mitglied des Seniorenrats meiner Gemeinde erlebe ich die Nöte unserer älteren Mitbürger mit geringer Rente. Die Rentenerhöhung wird durch die Erhöhung der Sozialbeiträge mehr als aufgeessen. Arme Mitbürger werden von der hohen Inflation bei Lebensmitteln und Mieten besonders gebeutelt. Die Zahl der Menschen steigt, die auf Tafeln angewiesen sind. Die Unzufriedenheit mit der Politik nimmt zu und wird von Populisten ausgenutzt. Sündenböcke beeinträchtigen die realistische Wahrnehmung. Ein solcher Sündenbock ist Wirtschaftsminister Habeck.

Welche „seriösen“ Parteien und Medien beteiligen

sich u.a. daran? Ein Beispiel ist der Springerkonzern. In der „Welt“ gewährt er dem reichsten Menschen der Welt, der sich gerade an der Zerschlagung der US-Demokratie beteiligen will, einen einseitigen Gastbeitrag zu den deutschen Wahlen. Ihm gilt auch die Sympathie von FDP-Chef Lindner. Musk beteiligt sich zudem am deutschen Wahlkampf.

An zwei Tagen hintereinander lauteten die Schlagzeilen der Bild: „Habeck plant neue Abgabe auf unser Ersparnis“ und „So will Habeck Ihr Ersparnis schrumpfen“. Die FDP beteiligt sich mit einem Plakat an der Kampagne. Dabei geht es Habeck um die Senkung der Sozialbeiträge, nicht, wie

sugeriert wird, um die Belastung von kleinen Sparern. Verschwiegen wird, dass alle Arbeitnehmer heute bis zu einem Jahreseinkommen von 66150 Euro Sozialbeiträge zahlen müssen. Wer mehr verdient, selbst wenn es Millionen sind, zahlt keine höheren Beiträge! Belastet werden sollen die starken Schultern, denen es nicht wehtut. Im letzten Jahr sind die Vermögen der Privathaushalte auf über neun Milliarden Euro gestiegen! Diese Spaltung der Gesellschaft soll von auch machtgeiern Superreichen aus Eigeninteresse aufrecht erhalten werden.

Wolfgang Jeensch, Büdingen

Diskussion: frblog.de/wahl2025

Sprachlicher Krawumm

Erwiderung auf „Brachial ins neue Jahr“, FR-Forum vom 20. Januar

Holla FR, welch ungewohnte Töne im Leserbrief von Herrn Gaiser am 20. Januar! Mit großer sprachlicher Böllerei wird hier auf Tierschutz mit „Vernunft und Verantwortung“ gedrängt und für ein Böllerverbot plädiert. Herr Gaiser bedient sich dabei knalliger Pauschalisierung: „Das ganze Jahr über wird das Volk mit CO₂-Auflagen schikaniert“ – die deutsche Politik sei „extrem ignorant, einseitig, natur- und tierfeindlich“ mit „unzählige(n) Beweisen“ dafür. Geht der Schuss nicht nach hinten los, wenn man dermaßen vereinfacht und abwertet?

„Drei Jahre hat diese Regierung nichts Sinnvolles zustande gebracht“ – etwas Entsprechendes hätte ich mich nicht mal über die häufig als stagnierend bezeichneten Merkel-Jahre zu sagen getraut. Denn so einfach ist die Realität nun einmal nicht.

Bitte nicht falsch verstehen; ich habe die genannte Petition längst unterzeichnet und kann der Feinstaubüberdosis, dem Müll an Neujahr, den Verletzungen von Mensch und Tier, dem Krawumm gar nichts abgewinnen. Aber eben auch nicht dem sprachlichem Krawumm.

Es wird immer deutlicher in letzter Zeit: Die laute Rhetorik der Rückwärtsgerichten hilft kein bisschen beim Bewältigen unserer Zukunftsaufgaben. Wir stehen aber alle in der Verantwortung, gegen die Brüche in unserer Demokratie sowie gegen ihre Gefährdung durch sprachliche Verrohung und durch Schlechreden des bestehenden Guten reflektiert zu handeln, auch sprachlich mit Maß und Würde. Vielleicht kann dazu sogar ein Brief einer Leserin etwas beitragen.

Krista Schulte, Otzberg

Ökologisches Risiko

Zu: „Fünf-Prozent-Forderung überrascht nicht“, FR-Politik v. 9.1.

Die Forderung nach Auf-statt-Abrüstung stellt ein Himmel-fahrtskommando für die Menschheit dar. Lange vor der Waffenanwendung, das heißt: vor der Auslösung von Bränden, Zerstörung und Tod, verbraucht die Waffenproduktion Ressourcen, die die Welt braucht, um die Zukunft zu sichern. Die Staaten der Welt geben mehr als sechsmal so viel für die Zerstörungsmaschinerie des Militärs als für die Klimaschutzinvestitionen.

Die Regierungen wissen, dass sie ein ökologisches Risiko eingehen, das niemand jemals eingehen darf, denn es geht um die Vitalität der Biosphäre, um die Lebensgrundlagen der Menschheit. Die Politik der Zerstörung von Zukunft „Sicherheitspolitik“ zu nennen ist ein Meisterstück orwellischer Sprachverwirrung.

Bernhard Trautvetter, Essen

Diskussion: frblog.de/maga